

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 10

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Wenn der Schuh drückt

Der neuen deutschen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) misslang der Start in ihrem Amt. Begleitet von groben Kommunikationspannen zum ehemaligen Chef des Verfassungsschutzes und einem Anti-CDU-Video auf YouTube übernahm sie einen «Laden», der nicht wirklich zu funktionieren scheint. Nach der ersten Tour zu ihren Anti-IS-Einheiten im Nahen Osten (Jordanien und Irak) will AKK, wie die Ministerin gemeinhin genannt wird, das Einsatzmandat unbedingt verlängern. Dies soll am ersten November geschehen. Mit grossem Widerstand des linken Koalitionspartners SPD ist zu rechnen. Derweil untersucht sie, auf Anschuldigung der AfD, ob der kommandierende General des Zentrums Innere Führung gegen seine eigenen Richtlinien verstossen hat. Es geht darum, inwiefern Generalmajor Reinhardt Zudrop «im Rahmen einer vertraulichen



Allein unter vielen, AKK in Erbil.

Bild: dpa

Mitarbeitersitzung» vor der «Alternative für Deutschland/AfD» gewarnt hat, was gemäss dem Soldatengesetz eine unerlaubte politische Äusserung wäre. Dann wäre da noch die Episode mit den neuen Kampfstiefeln für die Bundeswehr: 2016 beschlossen, sollten bis 2020 knapp über 180 000 Soldaten mit drei neuen paar Schuhen ausgerüstet werden. In einer leichten Ausführung sowie zwei schwere Stiefelpaare. Bisher wurden 160 000 schwere Kampfstiefel geliefert, nun kommt der Hersteller mit der Produktion des leichten Paares nicht mehr nach, es wurden erst 31 000 verteilt. Das heisst, die Truppe wird

sich bis 2022 gedulden müssen. Immerhin, AKK konnte sich bei der «unentgeltlichen Beförderung» der Soldaten in der Deutschen Bahn durchsetzen. Dieses äusserst unbeliebte Dossier nahm sie für Experten unerwartet gleich zu Beginn ihrer Amtszeit auf. Nun wird es der Bundeswehr bald erlaubt sein, in ICE und IC Zügen gratis zu reisen, Regionalnetze dürften folgen. Auch FlixBus zeigt sich interessiert.

Dass Anfang August die gesamte Tiger-Kampfhelikopterflotte wegen eines defekten Bolzens vorübergehend gegroundet wurde, kann als verständliche Sicherheitsmassnahme abgetan werden. Gut,

dass in dieser Lage Soldaten zum Fällen von Borkenkäferwäldern abkommandiert werden. So seit Ende August im Freistaat Sachsen der Fall, sechs weitere Bundesländer stellten Gesuche oder prüfen solche Einsätze. Manpower und schwerem Gerät sei Dank, will man nun mit Bergepanzern zur schnelleren Räumung der von den Käfern verseuchten Waldabschnitten Schneisen schlagen. Das Hauptproblem bleiben aber weiterhin die Finanzen. Die angestrebten 1,5% des BIP bis 2024 bleiben illusorisch. Unterdessen drohte sogar der US-Präsident via seinen Botschafter in Berlin, die 50 000 in Deutschland stationierten Soldaten nach Polen zu verlegen, wenn die Bundeswehr den der NATO versprochenen Verpflichtungen nicht nachkommt. Kramp-Karrenbauer, ihres Zeichens auch CDU-Vorsitzende, bleibt eigentlich genügend Zeit, die meisten Probleme zu lösen. Die nächsten Bundestagswahlen finden (erst) 2021 statt.

Schweden

Banken zahlen für die Armee

«Ich sehe eine äusserst konstruktive Zusammenarbeit mit einer breiten Unterstützung vor mir», erklärte Schwedens Verteidigungsminister Peter Hultqvist am 30. August anlässlich der Pressekonferenz zum geplanten (Wieder-)Aufbau seiner Streitkräfte. Die Truppe (inklusive zivilem Personal und Nationalgarde) soll auf 90 000 aufgestockt und die Zahl der Grundauszubildenden auf 8000 jährlich verdoppelt werden, Flugplätze gebaut, Schiffsverbände gestärkt und unzähliges modernes Gerät eingeführt werden. Auf die Frage, wie er dies zu finanzieren ge-



Einsatz für die Truppe, Finanzministerin Andersson.

Bild: Försvarsmakten

denke, gab er ausweichende Antworten. Einen Tag später war aber klar: die Banken sollen es richten. Schweden will ab 2022 jährlich vom Finanzsektor mittels Sondersteuer etwa 5 Milliarden Kronen

(ca. 500 Millionen Schweizerfranken) abschöpfen. Damit finanziert es seine dringendsten Rüstungsbedürfnisse. Finanzministerin Magdalena Andersson erklärte deshalb am 31. August wie sie die

Pläne ihres Minister- und Parteikollegen zu finanzieren gedenke. Die unter den regierenden Parteien ausgemachte Massnahme schöpft bis 2025 «die ausserordentlich hohen Gewinne» der Banken in Schweden ab. Wie die Steuer genau aussieht, konnte Andersson aber noch nicht erklären. Nur, dass es sich um ein nun eingelöstes Wahlversprechen handelt, das alle im Land ansässigen Finanzinstitute betreffen wird und nicht nur die schwedischen Banken. Denn Banken stellen ein «gesonderetes und erhöhtes Risiko im Finanzsystem dar», so die sozialdemokratische Ministerin. Wenn Banken in schwierigen Zeiten geholfen werden muss,

so soll das umgekehrt auch gelten. Für den Verteidigungsminister, dem Russland immer bedrohlicher erscheint, sind dies traumhafte Verhältnisse. Seine grösseren Projekte, wie die Beschaffung des Patriot Luftabwehrsystems, sind finan-

ziert. Der Schwedische Bankierverband zeigt sich jedoch kritisch und empört sich darüber, dass die Steuererhöhung genau am Tag nach Hultqvists neuen Rüstungsplänen und der Ankündigung, das Rüstungsbudget von 1% auf 1,5% des

BIP zu erhöhen, erfolgte. Die Steuer sei «schädlich für Arbeitsplätze und hindere das Wachstum», so Verbandsdirektor Hans Lindberg. Es werden bereits genügend Sonderbeiträge für staatlich abzusichernde Branchenrisiken bezahlt,

zudem fehlt es dieser neuen Bankensteuer an einer seriösen Rechtsgrundlage. «Das hier ist Willkür und zielt gegen einzelne Branchen und Sektoren», so Lindberg. Das Gesetz soll im ersten Quartal 2020 in Kraft treten.

Türkei / Russland

Sicherheitspolitische Abkehr von der NATO

Der Besuch des türkischen Präsidenten bei seinem russischen Pendant Ende August, anlässlich der MAKS Airshow, dürfte wegweisend sein. Während in der Heimat die zweite Charge des russischen S-400 Luftabwehrsystems geliefert wurde, besprachen sich Erdogan und Putin in der Nähe von Moskau über den Verkauf von Su-35 und Su-57 Kampfflugzeugen, topmodernen S-350 VITYAZ und 2019 neu aufgelegten PANTSIR-S1 mobilen Luftabwehrwerfern sowie Transporthelikoptern. Konsequenz, denn die USA haben die Lieferung ihrer F-35 Jets an das NATO-Mitglied gestoppt. Nun richtet sich Erdogans Fokus deshalb ganz auf Russland. Mitunter auch, um seinen Einfluss in Syrien zu konsolidieren. Dort geht es um die Etablierung einer von

den USA vermittelten Pufferzone entlang der türkischen Grenze. Damit soll ein weiterer Konflikt zwischen der Türkei und den mit dem Westen verbündeten, aber von den Türken als Terroristen betrachteten Kurden verhindert werden. Putin gab sein Einverständnis und erklärte, das Vorhaben zu unterstützen. Dies nur kurz nachdem Erdogan noch drohte, mit seinen Truppen in Nordsyrien einzumarschieren und eigenständig eine Sicherheitszone zu errichten, in seiner Sichtweise um Flüchtlinge abzuhalten. Dass diese rote Linie nicht überschritten wurde, ist ihm zwar anzurechnen. Nur, das Verhältnis des Westens und der NATO zur Türkei ist ähnlich schlecht wie damals, als 1974 türkische Truppen Nordzypern besetzten. Experten sind sich deshalb einig: Russland tritt nunmehr als Garant für die türkische Souveränität auf.



Putin lädt Erdogan an der MAKS auf ein Eis ein.

Bild: Presidency of The Republic of Turkey, Directorate of Communications

Mozambique



V.l.n.r.: Manzoni, Nyusi, Momade und Cassis in Maputo.

Stabiler Frieden?

Am 6. August schlossen in Maputo die RENAMO (Resistência Nacional Moçambicana) Rebellen mit der regierenden FRELIMO (Frente de Libertação de Moçambique) Frieden. Der Schweizer Ausussenminister Cassis findet dazu lobende Worte und twittert: «La paix au Mozambique est depuis aujourd'hui une réalité! Une paix définitive, importante comme modèle pour toute l'Afrique. Fier que la Suisse y a joué un rôle clé. Bravo Mirko Manzoni, il a fallu du courage! Excellent succès pour notre diplomatie». Botschafter Manzoni schaffte, was anderen während Jahrzehnten nicht gelang. In für die Schweiz typischem Understatement verhandelte er, von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, mit den Bürgerkriegsparteien und agierte als Mediator, unterstützt von einem hochkarätigen Team internationaler und Schweizer Experten aus dem EDA und dem VBS. Bemerkenswert: es ist bereits das vierte (sogenann-

te) Friedensabkommen seit 1992. Damals erhielt die RENAMO die Erlaubnis, eine bewaffnete Gardeeinheit für ihren damaligen Parteichef zu installieren. Diese Einheiten waren für die Gewaltausbrüche 2013 verantwortlich, die vertraglich 2014 beendet wurden. Das letzte Mal kam es 2015 zu kriegerischen Auseinandersetzungen, eine Waffenstillstandsvereinbarung folgte 2016. Jedes Mal ging es mehr oder weniger um die Wahlresultate, die von den Rebellen nicht akzeptiert wurden. Das neuste Abkommen vom August sieht nun vor, dass etwa 5000 RENAMO-Kämpfer entwaffnet werden. Unter anderem, um die Sicherheit während dem Papstbesuch anfangs September, aber auch der für Mitte Oktober geplanten Parlamentswahlen zu gewährleisten. Gegenseitig wurde beteuert «den Weg zum endgültigen Frieden zu konsolidieren», wie Staatspräsident Felipe Nyusi versicherte. «Die Vereinbarung beweist, dass der Waffenstillstand den Beginn einer neuen Ära markiert», verdeutlichte

der Rebellenchef Ossufo Momade. Mitte August erklärte dann der selbsternannte Militärrat des bewaffneten Arms der RENAMO, dass er erstens das Abkommen für ungültig betrachtet und zweitens Ossufo Momade als ihr Anführer entlassen wurde. Als Begründung reichte deren Sprecher João Machava nach, dass

der Militärflügel der RENAMO von Momade zum Inhalt des Abkommens nicht konsultiert wurde. Überhaupt, die Waffen würden erst abgegeben, wenn einer der ihren zum Präsidenten gewählt wird. Dies scheint fraglich, denn Berichte über gefälschte Wahllisten, mit welchen die FRELIMO in ihren Hochburgen mehrere

Hunderttausend nichtexistierende Wähler auflistet, erzürnten den militärischen Chef der RENAMO, General Mariano Nhongo. Er würde die geplanten Wahlen mit allen Mitteln verhindern, bis die Regierung auch mit ihm über den Waffenstillstand verhandelt, so Nhongo. Entsprechend gaben seine Leute auch nicht wie geplant

am 21. August ihre Waffen ab. Die Bevölkerung zeigt sich zunehmend skeptisch, besonders die unter 25-Jährigen, also 65% der Einwohner, fühlen sich von den alten Parteien bevormundet. So glauben denn auch immer mehr Mozambiquaner, dass derzeit die Bedingungen für friedliche Wahlen nicht gegeben sind.

USA

US-Militär startet Weltraumkommando

US-Präsident Donald Trump will mit dem neuen Kommando die «Dominanz der USA im All» verteidigen. Bald soll es zusätzlich auch Weltraumstreitkräfte geben.

Das neue Führungskommando der US-Streitkräfte für Einsätze im Weltraum hat offiziell seine Arbeit aufgenommen. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums wurde das Space Command als elftes Führungskommando des Militärs etabliert. «Space-Com stellt sicher, dass die Dominanz Amerikas im Weltraum nie bedroht wird», sagte Trump.

Das neue Kommando soll unter anderem US-Satelliten vor feindlichen Angriffen schützen. «Wenn es darum geht, Amerika zu verteidigen, reicht es nicht, nur eine amerikanische Präsenz im Weltraum zu haben», so Trump. «Wir müssen amerikanische Vorherrschaft im Weltall haben.» Einsätze im Weltraum erlaubten es den USA zudem, auf ihr Staatsgebiet abgefeuerte Raketen zu erkennen und zu zerstören, sagte er.

Die Gründung des Weltraumführungskommandos war bereits Ende 2018 bekannt gegeben worden. Das Kommando soll nun unter der Leitung von General John Raymond bisherige Weltraumaktivitäten

anderer Kommandos unter einem Dach bündeln. Die anderen zehn Führungskommandos des US-Militärs unterscheiden sich nach geografischer oder thematischer Zuständigkeit: etwa das European Command oder das Cyber Command.

Bis Ende 2020 will Trump auch eine Space Force schaffen, als eigenständigen sechsten Arm des US-Militärs. Er hatte die Idee der Weltraumstreitkräfte bereits vor längerer Zeit aufgebracht, sie stiess beim Verteidigungsministerium und im Parlament jedoch auf wenig Begeisterung. Ein neuer Zweig der US-Armee könnte nur mit Zustimmung des Kongresses gebildet werden.

Laut Pentagon soll zur Space Force unter anderem eine Weltraumentwicklungsorganisation gehören. Auch ist die Gründung einer Experteneinheit geplant, die zu Weltraumkriegsführungspromis ausgebildet werden sollen. Zur Finanzierung der Space Force gibt es US-Medienberichten zufolge aber noch keine Einigung mit dem Kongress.

Kampffjets an Taiwan

Gleichzeitig gab der Präsident bekannt, die USA liefern 66 Kampffjets vom Typ F-16 an Taiwan. Der Waffendeal wird von China kritisiert. Die Regierung in Peking spricht von Einmischung in innere Angelegenheiten.

Hong Kong

Kommt die Eskalation?

Bisher sind die Proteste in Hong Kong eine interne Angelegenheit geblieben. Die Volksrepublik China, zu der Hong Kong als Sonderverwaltungszone gehört, hat bisher bewusst den Ball flach gehalten; die internationale Gemeinschaft auch. Aber die Lage scheint zu eskalieren.

Hong Kong hat lange Erfahrung mit Protestbewegungen. Meist verlaufen sie auch beidseitig friedlich. Bei der letzten grossen Protestwelle, der Regenschirm-Bewegung im Jahr 2014, gingen die drei Monate andauernde Besetzung von



Polizeieinsatz in der U-Bahn.

Bild: Guardians of Hong Kong

Strassen mehrheitlich friedlich vor sich. Diesmal ist es anders.

Sowohl die Demonstranten als auch die Polizei scheinen

diesmal von Anfang an eine härtere Gangart verfolgt zu haben. Im August und Anfangs September kam es tag-

lich zu Schussabgaben und Granatenwürfen durch die Polizei. Auch Tränengas und Wasserwerfer wurden gegen die Protestler angewendet. Diese scheuten selber nicht vor Gewalt zurück und zerstörten etwa privates und allgemeines Eigentum, griffen Polizisten im Dienst und ausserhalb des Dienstes mit Fäusten und Messern an. Zusätzlich sollen sich sogenannte Blauhemden einmischen. Das sollen von China bezahlte Zivilisten sein, welche die Demonstranten angreifen.

Die Demonstrationen richteten sich gegen ein Auslieferungsgesetz. Die Exekutive

Hong Kongs wolle Auslieferungen auch in jene Jurisdiktionen erlauben, mit denen Hong Kong kein Auslieferungsabkommen hat. Dazu gehört beispielsweise die Volksrepublik China. Die Protestler meinen, das sei nichts als ein

weiterer Versuch Chinas, die Sonderrechte Hong Kongs zu schmälern.

Zwar hat die Exekutive das umstrittene Gesetz zurückgezogen. Doch nun verlangt die Protestbewegung – sie ist sehr heterogen – mehr De-

mokratie, mehr Freiheiten für Hong Kong und weniger Einmischung Chinas.

Im Verhältnis zu China ist Hong Kong gespalten. Die sogenannte Pro-Peking-Gruppe meint, nur unter dem Schirm der Volksrepublik wird sich

Hong Kong weiter behaupten können. Die sogenannte Pro-demokratiegruppe ist noch heterogener. Ein Teil will ein demokratisches Hong Kong in einer losen Union mit China. Ein Teil will die Unabhängigkeit.

Südchinesisches Meer

Philippinen warnen China

Im Streit um das Südchinesische Meer hat die philippinische Regierung eine indirekte Drohung an China ausgesprochen. Bisher verhielt sich Präsident Rodrigo Duterte in dem Konflikt eher zurückhaltend.

Schon seit Wochen fordert China die Anrainerstaaten im Südchinesischen Meer heraus. Nun wollen die Philippinen die Provokationen in ihren Gewässern nicht mehr tolerieren. Künftig müssten sich alle ausländischen Schiffe vor einer Passage durch die Gewässer der Philippinen ankündigen und eine Erlaubnis einholen, sagte ein Sprecher des Präsidenten Rodrigo Duterte. Entweder würden die Regeln «in freundlicher Art und Weise» befolgt, oder «wir werden sie auf unfreundliche Art und Weise durchsetzen», sagte der Präsidentensprecher.

Nach Angaben des philippinischen Militärs sind seit Juli mindestens fünf chinesische Kriegsschiffe durch Gewässer der Philippinen gefahren. Die Schiffe hätten nicht auf Anfragen reagiert und seien nicht angemeldet gewesen. Der Sprecher nannte China nicht namentlich. Von der chinesischen Botschaft in der philippinischen Hauptstadt Manila gab es zunächst keinen Kommentar.

Wegen der Aktivitäten der chinesischen Küstenwache, der Marine und paramilitärischer Fischereifahrzeuge in von den Philippinen kontrollierten Gebieten des Südchinesischen

Meeres und philippinischen Hoheitsgewässern hatte der Inselstaat in den vergangenen Wochen mehrere diplomatische Proteste eingelegt. Anfang Juni versenkte ein chinesischer Trawler ein philippinisches Fi-



Proteste in Manila.

scherboot und fuhr ohne zu helfen davon. Dieser Vorfall löste auf den Philippinen Strassenproteste aus.

Das Südchinesische Meer liegt zwischen China, Vietnam, Malaysia, Brunei und den Philippinen. Peking beansprucht 80 Prozent des rohstoffreichen Gebietes, durch das wichtige Schifffahrtsstrassen führen. Der Internationale Schiedsgerichtshof in Den Haag wies 2016 weite Teile der Gebietsansprüche zurück. China ignoriert das Urteil aber.

In seinem eigenen Land wird Kritik gegen Präsident Duterte lauter, er reagiere auf die Provokationen Chinas zu passiv, um wirtschaftliche Beziehungen mit Peking nicht zu gefährden. Duterte hatte nach seiner Wahl 2016 das Verhältnis zwischen beiden Staaten, das bis dahin eher frostig war, wiederbelebt.

China/NATO

Abhängigkeit von Seltenen Erden

Noch sind die Armeen des Westens schlagkräftig. Nicht zuletzt dank überragender Technologien. Die funktionieren aber nur mit Hilfe Seltenen Erden. Doch die strategischen Rohstoffe kommen vor allem aus China. Es wird allerhöchste Zeit für Europa und die USA neue Bezugsquellen aufzutun.

Europas Sicherheit ist bedroht. Und auch die der USA. Doch nicht durch Waffen. Rohstoffe lautet das Stichwort. «Derzeit beträgt die Importabhängigkeit der NATO von Chinas Seltenen Erden nahezu 100 Prozent», warnt die deutsche Bundesakademie für Sicherheitspolitik in einer Analyse über die strategische Bedeutung Seltenen Erden für die wirtschaftliche und vor allem militärische Sicherheit des Westens.

Seltene Erden sind eine Gruppe von 17 Metallen, die infolge ihrer physikalischen und chemischen Eigenschaften in zahlreichen Technologien verbaut werden. Als «Gewürzmetalle» sind sie beispielsweise in Magneten, Solaranlagen, Legierungen und Computern enthalten – ohne sie funktionierten die meisten elektronischen Geräte nicht.

Seltene Erden sind für moderne und zunehmend vernetzte Hightech-Armeen unersetzlich, weil ohne sie die Elektronik nicht funktioniert. So sind beispielsweise in einem Kampfjet vom Typ F-35

rund 400 Kilogramm Seltene Erden verbaut; in einem U-Boot der amerikanischen Virginia-Klasse sogar an die vier Tonnen. Der Einsatz von Kampfdrohnen wäre ohne Seltene Erden schlicht unmöglich. Auch Nachtsichtgeräte verdienen ohne sie ihren Namen nicht. Seltene Erden sind aus Rüstungsgütern also nicht wegzudenken.

Vom Erz bis zum Endprodukt – China kontrolliert fast die gesamte Wertschöpfungskette im Bereich Seltene Erden. Damit hat das Land eine mächtige Waffe zur Verfügung. Beim Abbau der Rohstoffe kontrollieren chinesische Firmen rund 80 Prozent der Weltproduktion, das entspricht einer Grössenordnung von rund 170 000 Tonnen Seltener-Erd-Materialien jährlich.

Im aktuellen Handelsstreit zwischen den USA und China könnte Peking die strategischen Rohstoffe als politisch-ökonomisches Druckmittel verwenden. Die Drohung steht im Raum. Das US-Militär sucht inzwischen Bezugsalternativen für Seltene Erden, unter anderem in Malawi. Auch in Europa gibt es Vorkommen Seltenen Erden, so zum Beispiel in Grönland und Schweden. Sie werden jedoch nicht von europäischen Unternehmen abgebaut, da die Preise zu niedrig sind und das chinesische Monopol zu erdrückend ist.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*